

**Editorial**  
**Wort des**  
**Vorsitzenden**  
**Anti-Teuerungs-Paket**  
**Notbremse**  
**Paritätische**  
**Kommission**  
**Staat als Gewinner**  
**Maßnahmen**  
**Altersdiskriminierung**  
**Km-Geld erhöhen**  
**Landesvorstand Stmk**  
**Betriebsräte-**  
**konferenz**  
**Landeskonferenz Tirol**  
**Christliche**  
**Soziallehre**

Foto von kordi:vahle von pixabay



## Editorial



Werte Leserin!  
Werter Leser!

*„Wie freu' ich mich der Sommerwonne, des frischen Grüns in Feld und Wald, wenn's lebt und webt im Glanz der Sonne, und wenn's von allen Zweigen schallt!“*

So beginnt ein Gedicht des

Dichters Hoffmann von Fallersleben. Obwohl vor rund 150 Jahren verfasst, lässt es uns auch heute noch eintauchen in dieses besondere Vorgefühl einer hellen und lichtvollen Zeit, die uns wärmt und belebt und die in dem ein oder anderen auch das Fernweh weckt. Sommerzeit ist eben auch Reisezeit.

Gerade mit dem Sommer am Horizont sehnten wir uns auch ein Ende der Pandemie herbei. Vorbei ist sie noch nicht ganz, doch Erleichterungen wurden uns zugestanden. Viele Menschen vermissten in Zeiten der Pandemie die Urlaubsreise, sind jedoch auch nachdenklich geworden. Sie fragen nach der Art des Reisens, nach den Zielen, hinterfragen ihre eigenen Erwartungen und Wünsche. Gerade werden Heimat und Regionalität für den Urlaub neu entdeckt.

Vielen von uns wurde ein gewisses Leistungsdenken in die Wiege gelegt. Es geht dabei darum, beruflich und privat möglichst viel unter einen Hut zu bringen: die Karriereleiter nach oben zu klettern, das Erreichte mit Statussymbolen zu präsentieren und dabei gesund und schön zu bleiben.

Doch wie schwer ist es, nichts zu tun! Berufstätige Menschen klagen manchmal, wie schwer sie sich damit tun, zu entspannen.

Besonders die sommerliche Urlaubszeit kann eine gute Gelegenheit dafür sein, sich hie und da einmal einfach ruhig hinzusetzen und die Augen zu schließen. Den eigenen, ruhiger werdenden Atem bewusst spüren, die Gedanken einfach vorbeiziehen zu lassen. Manchmal kann sich bei dieser Übung ein tiefer Friede einstellen und eine Entspannung, die man so vielleicht schon lange nicht mehr gespürt hat. Dass diese Erholung im heurigen Sommer gelingen möge, wünscht euch

*Ingrid Pörtl*

## Vorsitzender FCG vida



Wertes

Gewerkschaftsmitglied!

Leider tobt noch immer der Krieg in der Ukraine. Es verfolgen uns seit einigen Monaten grausame Bilder, Meldungen über internationale Sanktionsmaßnahmen und unwürdige Diskussionen. Es kommen auch in Österreich tagtäglich geflüchtete Familien aus zerbombten ukrainischen Städten an.

Daneben löst der Krieg Kettenreaktionen aus. Die Preise für Energie und Sprit zeigen steil nach oben, Lebensmittelpreise und Mieten steigen spürbar und schmerzhaft. Von allen Seiten erreichen uns Warnungen, dass sich das Ganze zu einer massiven Armut auswachsen könnte. Für immer mehr Menschen ist die jetzige finanzielle Last erdrückend.

Zusammen mit der noch nicht endgültig überwundenen Corona-Pandemie, dem in der Ukraine tobenden Krieg mit Millionen vertriebener Menschen und der notwendigen Transformation unseres „way of life“ - unserer Art zu leben und zu wirtschaften (Stichworte: Klimakrise, Globalisierung, Digitalisierung, Reform des Gesundheitssystems, Pflege,...) sind all diese Krisen nicht voneinander getrennt zu sehen, sondern stehen in sich verstärkender Wechselwirkung.

Wer auf komplexe Herausforderungen „einfache Antworten“ gibt – oder meint, mit einer Maßnahme könnten alle Probleme gelöst werden – ist meist ein Scharlatan oder landet beim schwarz/weiß malenden Populismus. Die Unversöhnlichkeit der Standpunkte und die gegenseitige Verdächtigung, schuld an der Situation zu sein, führt sehr rasch zu Gewalt – sprachlich oder physisch – oder zum Kontaktabbruch. Doch damit zertrümmern wir unsere Lebensgrundlagen. Als FCG müssen wir den Dialog für Lösungen suchen; jeder Dialog braucht Augenhöhe und gegenseitigen Respekt. Es geht nicht darum, politisches Kleingeld zu wechseln, weil es die „einzig richtige Maßnahme“ nicht gibt. Aber wir müssen uns mit aller Kraft und Kreativität für Lösungen anstrengen.

**KR Christian Gruber**

Bundsvorsitzender der FCG vida

## Information über das Anti-Teuerungs-Paket

Die von der Bundesregierung vorgestellte Entlastungsoffensive gegen die enorme Teuerung wirkt sich für alle Arbeitnehmer:innen positiv aus! Das angekündigte **28 Mrd. Euro schwere Paket** enthält viele unserer Forderungen und setzt die richtigen Schwerpunkte.

### Noch heuer wirksame Sofortmaßnahmen (rd. 5 Mrd. Euro):

- 300 Euro für besonders betroffene Gruppen (Arbeitslose, Mindestpensionist:innen, etc.)
- 500 Euro für Jeden: Davon 250 Euro Klimabonus und 250 Euro Bonus für alle Erwachsenen (für Kinder je die Hälfte)
- CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird auf Oktober verschoben
- 180 Euro als zusätzliche Einmalzahlung bei der Familienbeihilfe im August
- Vorziehen des Familienbonus (2.000 Euro) und Erhöhung des Kindermehrbetrags (550 Euro) auf 2022
- Verlängerung des Wohnschirms (Schutz vor Delogierung)
- Digi-Scheck für Lehrlinge (bis zu 3 mal 500 Euro pro Jahr) wird bis 2024 verlängert
- Erhöhter Absetzbetrag für 2022 (500 Euro)

### Sofortmaßnahmen für die Wirtschaft (rd. 1 Mrd. Euro):

- Strompreiskompensation
- Mitarbeiter-Prämie von 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei sowie SV-beitragsfrei
- Direktzuschuss für energieintensive Unternehmen

### Strukturelle Maßnahmen (rd. 22 Mrd. Euro bis 2026):

- Abschaffung der Kalten Progression
- Valorisierung der Sozialleistungen

**Dieses Maßnahmenbündel ist ein großer und richtiger Schritt, um die Teuerung deutlich abzufedern. Dies bringt große Entlastungen für alle unsere Kolleg:innen.**

## Notbremse bei Energie und Treibstoffen ziehen!

Christian Gruber, Bundesvorsitzender der FCG vida: „Für Bundesministerin Leonore Gewessler ist es jetzt wirklich Zeit zu handeln. Und zwar

augenblicklich!“

„Mit den Preissteigerungen bei Gas, Strom und Treibstoffen kann es so einfach nicht weiter gehen. Ministerin Leonore Gewessler, zuständig nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für Energie und Mobilität, hätte schon seit Jahren einen erhöhten Handlungsbedarf. Sie verschließt aber immer die Augen, wenn es um die Sorgen und Probleme der Bevölkerung geht, weil der Staat ja an den Preiserhöhungen steuerlich kräftig mitkassiert. Und zwar schon lange vor der jetzigen Preisexplosion durch die Ukraine-Krise“, kritisiert der Bundesvorsitzende.

### Appell an die Erdölindustrie

Das Kilometergeld und die Pendlerpauschale wurden zuletzt 2008 erhöht. In den 14 Jahren danach ist der Verbraucherpreisindex um stolze 28,4 Prozent gestiegen. Und zwar ohne Berücksichtigung der aktuellen Preisexplosionen von bis zu 30 Prozent! Christian Gruber appelliert auch eindringlich an die internationale Erdölindustrie, die Ölpreise doch zu senken um die Solidarität der Weltgemeinschaft gegen den Krieg von Putin zu untermauern.



### Steuersenkung jetzt!

Der Bundesvorsitzende fordert eine sofortige Erhöhung des Kilometergeldes von 0,42 Euro auf mindestens 0,55 Euro pro Kilometer und eine Erhöhung der Pendlerpauschale und des Pendlereuros um 50 Prozent, sowie eine vorübergehende Halbierung der Mehrwertsteuer auf Benzin, Diesel und Heizöl. Gruber: „Es wäre durchaus auch angebracht, die Mineralölsteuer von derzeit rund 48,2 Cent auf jeden Liter Treibstoff und die kommende CO<sub>2</sub>-Bepreisung zumindest vorübergehend auszusetzen.“

Weiters meint er: „Wegen der exorbitanten Preissteigerungen haben immer mehr Arbeitnehmer:innen ernsthaft Probleme ihr bisheriges Leben finanzieren zu können. Sie können immer öfter ihre Miete, ihre Strom- und Gasrechnungen nicht mehr zahlen und als Pendler:innen nicht mehr mit ihrem Auto zum Arbeitsplatz gelangen. Ein Handlungsbedarf von der Bundesministerin, die Grünen, wäre augenblicklich mehr als angebracht.“

## Paritätische Kommission ist gefordert!

Akuten Handlungsbedarf hat die Regierung wegen der aktuellen Inflationsrate von 7 Prozent und der noch zu erwartenden Preislawine bei Strom und Gas. Auch sind die Großhandelspreise um 435 Prozent gestiegen. „Der angekündigte 150 Euro-Gutschein genügt da schon lange nicht mehr“, meint Fritz Pöttl, der Fraktionsvorsitzende von FCG-ÖAAB der AK Wien, und er fordert die sofortige Aktivierung der „Paritätischen Kommission“ der Sozialpartner aus den späten 50-er Jahren. Dieses Kooperationsinstrument zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden hat sich damals überaus gut bewährt. Im Zuge des EU-Beitritts und der Internationalisierung, aber auch wegen der verschiedenen Marktöffnungen ist die Bedeutung der Kommission gesunken. Im Bereich der Preise wurde seit 1994 keine einzige Regelung mehr getroffen.



### Preise bescheren Millionengewinne

Fritz Pöttl: „Es ist höchst an der Zeit, dass dieses Gremium wieder handlungsfähig gemacht wird, um die chaotische Preisspirale einzudämmen und den mitsegelnden Spekulant:innen endlich den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vorsorglich höhere Preise zu verlangen um damit Millionengewinne zu lukrieren, muss verhindert werden.“ So seien etwa Wind- und Wasserkraft nämlich keineswegs teurer geworden, der Strom aber doch. Pöttl weist darauf hin, dass der Großhandelspreis in Europa seit dem vergangenen Jahr um sagenhafte 435 Prozent (!) gestiegen ist und diese Verteuerungen erst in den nächsten Monaten auf die Konsument:innen zukommen werden.

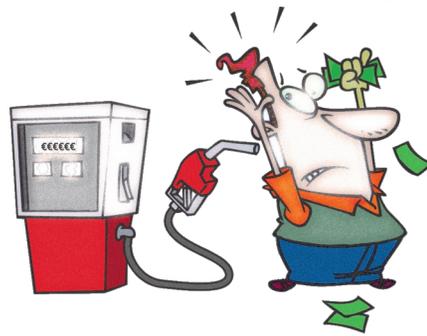
### Aktive Sozialpartner gefragt

Der Vollversammlung der Paritätischen Kommission gehörten der Bundeskanzler, 3 Bundesminister, die Präsidenten der 4 Interessenvertretungen (Arbeiterkammer, ÖGB, Wirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer) und ihre Stellvertreter:innen sowie einige Beamt:innen an. Die Kommission hat seinerzeit jeweils einstimmig Entscheidungen in nicht öffentlichen Sitzungen getroffen. Die Entscheidungsvorbereitung erfolgt im Lohn- oder Preisunterausschuss und im Beirat für Wirtschafts- und Sozial-

fragen. Die Paritätische Kommission basierte nicht auf gesetzlicher Regelung, sondern auf der freien Übereinkunft der Beteiligten. Fritz Pöttl: „Diese höchste Form der Sozialpartnerschaft gilt es nun raschest im Sinne der Arbeitnehmer:innen wieder zu beleben!“

## Der Staat als Gewinner bei den Spritpreisen

Fritz Pöttl, der Fraktionsvorsitzende von FCG-ÖAAB der AK Wien: „Es ist blanker Unsinn, dass Steuersenkungen aus rechtlichen Gründen nicht möglich wären!“ Die Bevölkerung wird durch rasant steigende Strom-, Gas- und Treibstoffpreise derzeit kräftigst zur Kasse gebeten.



Schuld – so hört man von den Verantwortlichen – sei dabei natürlich nur die Ukraine-Krise. Und es heißt trotz massiver Forderungen nach Steuersenkungen als Gegenmaßnahmen,

dass diese aus rechtlichen Gründen nicht möglich wären. „Das ist blanker Unsinn und einfach nicht wahr!“, kritisiert Fritz Pöttl. „Der wirkliche Gewinner bei den massiven Preiserhöhungen ist nämlich der Staat selbst mit Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer, die laut ÖAMTC für Benzin im Jahreschnitt 2021 schon bei 54 Prozent und bei rund 49 Prozent für Diesel lag. Zuletzt haben sich freilich die Preise und damit auch der Steueranteil um weitere 40 Prozent erhöht!“ Schon im Jahr 2014 betrug die Einnahmen des Staates über vier Milliarden Euro. Seither hätten sich die Spritpreise aber fast verdoppelt und damit natürlich auch die Steuereinnahmen!

### Kilometergeld unverändert

Selbst die Wirtschaftskammer, die bisher etwa bei den zahlreichen Forderungen der FCG-Fraktion nach einer Erhöhung des Kilometergeldes auf der Bremse stand, will nun plötzlich eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel erreichen. Fritz Pöttl: „Jetzt trifft die Erhöhung nämlich nicht mehr nur die motorisierten Arbeitnehmer:innen und Pendler:innen, die nun bis zu 2 Euro für den Liter Treibstoff berappen müssen, seit 14 Jahren aber nur 0,42 Cent pro gefahrenen Kilometer verrechnen dürfen.“

## Rechtliche Probleme nur Ausrede

Dass eine Veränderung der Steuersätze durchaus keine „rechtlichen Probleme“ bereiten könne, das würden jedenfalls die laufenden Erhöhungen der Steuersätze beweisen, wie man bei der FCG weiß. Nach der Erhöhung der Mineralölsteuer im Jahre 2007 betrug der Steueranteil bis 2010 für einen Liter Benzin nämlich schon 0,442 Euro bei einem Benzinpreis von nur 1,22 Euro. Fritz Pörtl: „Damit behielt der Staat damals schon mehr als ein Drittel des Preises für sich ein.“

## Steuern sofort senken

„Der eigentliche Gewinner bei den Spritpreisen ist der Staat! Also hat er jetzt auch dringenden Handlungsbedarf!“, meint Fritz Pörtl abschließend.

## Endlich Maßnahmen gegen die Teuerung

„Bei einer Inflationsrate von über 5 Prozent muss endlich auch bei den Wohnkosten und beim Kilomtergeld gehandelt werden!“, zeigt sich Fritz Pörtl, der Fraktionsvorsitzende von FCG-ÖAAB der AK Wien, kämpferisch.

Um der Bevölkerung wegen der höheren Energiekosten unter die Arme zu greifen, hat die Türkis-Grüne Bundesregierung erfreulicherweise schon ein 1,7 Milliarden Euro schweres Anti-Teuerungspaket geschnürt, das im Parlament auch bereits beschlossen wurde. Für Mindesteinkommen bedeutet dies eine jährliche Entlastung von 560 Euro. Ein Teil dieses Pakets, neben dem Teuerungsausgleich und der Senkung des Ökostrombeitrags und der Ökostrompauschale, ist auch der 150 Euro Energiekostenausgleich, der in Form eines Gutscheines verschickt werden wird und der bei der Jahresstromabrechnung den Preis um diesen Betrag verringert.

## Noch nicht genug

„Gemeinsam mit der Erhöhung der Pendlerpauschale und des Pendler-Euros wurde damit vielen Arbeitnehmer:innen – vor allem im Wiener Umland – tatsächlich wirksam geholfen“, meint Fritz Pörtl. „Genug ist das freilich für die Wiener Arbeitnehmer:innen noch lange nicht! Bei einer Inflationsrate von über 5 Prozent muss endlich auch bei den Wohnkosten und beim Kilomtergeld gehandelt werden“, fügt er kritisch hinzu.

## Mineralölsteuer senken

Christian Gruber, Bundesvorsitzender der FCG vida, ergänzt: „Das Kilomtergeld ist seit 14 Jahren bei 0,42 Cent eingefroren! Die Spritpreiserhöhungen würden seither aber laut ÖAMTC bereits um die 40 Prozent ausmachen. Hinzu kommt das flächendeckende Parkpickerl mit jährlich 170 Euro und 2,20 Euro Parkgebühr für jede Stunde Parken in einem anderen Bezirk. Dies mache im Schnitt pro Autofahrer:in für nur 6 Parkvorgänge im Monat weitere 158 Euro pro Jahr aus. Dass bei Benzin und Diesel die Mineralölkonzerne die Preise ungerechtfertigt erhöht haben, liege für Insider längst auf der Hand. Dass sich die Konzerne am Krieg in der Ukraine goldene Nasen verdienen ist ein echter Skandal!“



Den Puls des eigenen Herzens fühlen.

Ruhe im Innern, Ruhe im Äußern.  
Wieder Atem holen lernen,  
das ist es.

*Christian Morgenstern*

## Schluss mit der Altersdiskriminierung!

Die Generation der Senior:innen umfasst in Österreich 2,3 Millionen Menschen – Tendenz steigend. Diese Generation ist ein wichtiger und wesentlicher Teil der Bevölkerung.

Im Alltag werden zunehmend ältere Menschen mit Hürden und Diskriminierung konfrontiert. Die Regierung wird aufgefordert sicher zu stellen, dass die Senior:innen vom Wirtschaftsaufschwung profitieren können.

Vor allem wird darauf gepocht, die zahlreichen Hürden zu beseitigen – je früher, desto besser!

## Diskriminierung im Gesundheitssystem

Immer wieder kommt es vor, dass die Krankenkasse älteren Menschen den Zugang zu bestimmten Programmen, Untersuchungen bzw. Finanzierungen verweigert.

*Egal ob Rückentraining, Kuraufenthalte, Reha-*

### *ilitation oder Vorsorgemaßnahmen!*

Derartige Aktionen sind kurzsichtig und torpedieren die Bemühungen der Senior:innen gesund zu bleiben. In weiterer Folge könnten Behandlungskosten bzw. Pflegekosten im System eingespart werden.

*Dies ist ein klarer Fall von Altersdiskriminierung!* Ältere Menschen sollen den gleichen Rechtsanspruch auf Rehabilitation und Kuraufenthalt haben wie Aktive. Dieser Anspruch trägt dazu bei, Pflegebedürftigkeit und Heimaufenthalten vorzubeugen.

### **Ältere Menschen im Beruf**

Älteren Arbeitnehmer:innen werden im aktiven Erwerbsleben kaum Möglichkeiten geboten, sich weiterzubilden und damit ihre beruflichen Kenntnisse zu vertiefen.

Unternehmen stellen kaum ältere Menschen ein. Die Fachwelt ist sich aber darüber einig, dass die Lebenserfahrung und Qualitäten wie Loyalität und Verlässlichkeit dieser Menschen wirtschaftlichen Erfolg mit sich bringen.

Für die Betroffenen hat das weitreichende Folgen. Arbeitslosigkeit und gescheiteter Wiedereinstieg ins Erwerbsleben gehen oft nahtlos mit *Altersarmut* einher.

### **Arbeit in der Pension**

Für viele Menschen ist die Pension mehr Unruhestand als Ruhestand. Neben der Lust und Freude weiterhin, trotz fortschreitenden Alters, zu arbeiten, sind viele Senior:innen angewiesen, sich neben der Pension etwas dazu zu verdienen.

Trotzdem werden ihnen zwischen 18 und 22 Prozent Pensionsbeiträge vom Verdienst abgezogen. Dies ist eine Ungerechtigkeit, die nicht stehen bleiben darf. Ältere Menschen, die im Ruhestand arbeiten, sollen für ihre Arbeit nicht bestraft und doppelt zur Kassa gebeten werden. In diesen Fällen soll die Zahlung der Pensionsbeiträge ausgesetzt werden, denn die zusätzlich eingeforderten Beiträge beeinflussen – in der Regel – die Höhe der Pension kaum.

### **Kredite und Versicherungen**

Immer öfter werden Fälle bekannt, wo ältere Menschen Bankkredite und Versicherungsleistungen nicht bewilligt bekommen. Dabei ist es egal, wie viele und welche Sicherheiten vorgelegt werden.

Die rüstigen Senior:innen bekommen ab dem 70. Lebensjahr keinen Kredit bewilligt. Gerade in der aktuellen Zeit, wo wegen der Umweltfor-

derungen Heizungstausch (Ausstieg aus fossilen Brennstoffen) oder der Umstieg auf Elektromobilität gefordert wird, ist dies der älteren Generation fast nicht möglich.

Vorgeschoben wird in der Regel die Begründung von Banken und Versicherungen die Altersgrenze, obwohl in deren Geschäftsbedingungen nirgends eine Altersgrenze steht.

### **Mitbestimmung**

2,3 Millionen Senior:innen machen beinahe ein Drittel der Mitglieder der Krankenversicherung aus. Mit 5,1 Prozent Krankenversicherungsbeitrag leisten ältere Menschen einen weitaus höheren Beitrag zum Budget der Krankenversicherung als Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber.

Trotz dieser Tatsachen wird der älteren Generation in den neuen Gesundheitskassen weiterhin vehement das Recht der Mitbestimmung verwehrt. Die gesetzlichen Interessensvertretungen der Senior:innen brachten dagegen eine Klage beim Verfassungsgerichtshof ein. Denn wer zahlt, soll auch mitbestimmen!

Karl-Heinz Eigentler

## **Kilometergeld rasch auf 50 Cent erhöhen**

Ein Kostenproblem haben alle Arbeitnehmer:innen, welche auf Dienstreisen das private Auto für die Erledigung ihrer Arbeit zur Verfügung stellen.

Der Einsatz des eigenen Autos im Auftrag ihres Arbeitgebers ist zum teuren Draufzahler-Geschäft geworden. Der Umstand, dass das amtliche Kilometergeld - derzeit 42 Cent - seit 14 Jahren nicht mehr erhöht wurde, ist ein arges Systemversagen, welches zulasten der betroffenen Arbeitnehmer:innen geht!

Mit dem sogenannten Grassererlass aus dem Jahr 2008, dieser ließ das amtliche Kilometergeld ohne weitere Indexierung einfrieren, wurden die Arbeitnehmer:innen mit den gestiegenen Kosten für ihr Auto allein gelassen.

Aktuell führt jede dienstliche Fahrt zu einem Nettoeinkommensverlust! Das Kilometergeld soll ja auch Neuanschaffung und Reparaturen berücksichtigen, alles Aufwendungen, die sich in den vergangenen 14 Jahren drastisch verteuert haben.

Die Erhöhung des Kilometergeldes ist eine vordringliche FCG-Forderung. Die Zeit ist reif für eine Anhebung auf mindestens 50 Cent - jetzt sofort und ohne Aufschub! Karl-Heinz Eigentler

## Landesvorstandssitzung FCG vida Steiermark



Walter Semlitsch, Landesvorsitzender der FCG vida Steiermark, lud nach dem Motto „Die Grenze ist dort, wo die Vorstellungskraft endet“ zur ersten Landesvorstandssitzung der FCG vida Steiermark im Jahr 2022 ein.



Die Sitzung wurde durch einen Impulsvortrag von Mag. Günter Triebel, Arbeiterkammer-Jurist und Extremsportler, unter dem Motto der Landesvorstandssitzung eröffnet.

Walter Semlitsch bedankte sich bei seinem Ehrengast Franz Haberl, ÖGB Landesvorsitzender-Stellvertreter Steiermark, für seine jahrzehntelangen Verdienste für die Gewerkschaftsbewegung. Franz Haberl stellte sein Amt pensionsbedingt zur Verfügung.

An dieser Stelle sei auch ein herzliches Dankeschön dem steirischen ÖAAB, allen voran KR Günther Ruprecht für die außerordentlich gute Zusammenarbeit und für die Einladung zum Mittagessen im Anschluss ausgesprochen.

Walter Semlitsch

## Betriebsrätekonferenz



Fritz Pöttl, Bundesgeschäftsführer der FCG vida und Helmut Gruber, AK-Vizepräsident und vida Wien Landesobmann bei der Betriebsrätekonferenz der Sozial- und Pflegeberufe in Wien.

## Landeskonzferenz in Tirol

Im Zuge der ÖGB Landeskonzferenz wurde der Kammerrätin und der Vorsitzenden des Betriebsrates Edith Stimpfl das Goldene Ehrenzeichen überreicht.



Erwin Zangerl, AK-Präsident Tirol; KR Edith Stimpfl; Monika Gabriel, FCG-Bundesfrauenvorsitzende; Gerhard Seier, FCG-Landesvorsitzender Tirol

## Einen erholsamen Sommer wünschen

**KR Christian Gruber**

Bundvorsitzender der FCG vida

**KR Friedrich Pöttl**

Geschäftsführer der FCG vida

**Selina Schovanez**

Büroassistentin FCG vida

# Die Umsetzung der Christlichen Soziallehre

Im Jahre 1945 beschlossen die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär:innen der Freien- und der Christlichen Gewerkschaften, keine Richtungsgewerkschaften mehr in Österreich zu errichten. Sie wollten die ganze Kraft dafür verwenden, für die Arbeitnehmer:innen zu wirken und keine Aktivitäten zu setzen, um sich voneinander abzugrenzen. Viele waren von der Kühnheit dieser Vorgangsweise sehr überrascht, denn die Freien und Christlichen Gewerkschaften gingen in der Ersten Republik nicht gerade fein miteinander um. Man hatte aus den Erfahrungen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern gelernt und wollte nie mehr gegeneinander, sondern miteinander arbeiten.

Diese Positionen wurden stark von den politischen Parteien unterstützt, die sich für die Gründung eines gemeinsamen Gewerkschaftsbundes stark machten. Es sollte alles dem Wiederaufbau Österreichs untergeordnet werden, und da brauchte man eine starke



Gewerkschaftsbewegung.

So trafen der ehemalige Freie Gewerkschafter *Johann Böhm* und der Christliche Gewerkschafter *Alois Weinberger*, die sich aus der Widerstandsbewegung kannten und miteinander im Gefängnis saßen, zusammen. Gemeinsam mit *Gottlieb Fiala*, den man bewusst wählte, damit der russische Stadtkommandant von Wien zustimmte, um mit Billigung von ÖVP, SPÖ und KPÖ, den ÖGB zu gründen. An der Wiege des ÖGB (Österreichischer Gewerkschafts-

bund) standen nicht nur Gewerkschafter, sondern auch politische Parteien. Die Gründung des ÖGB wurde in der schwierigen Situation extremer Mangelwirtschaft professionell durchgezogen, und in den ersten Jahren stand die Verbesserung der Ernährungssituation der Bevölkerung derart im Vordergrund der Aktivitäten aller staatlichen Stellen und auch des ÖGB, dass alle weltanschaulichen Unterschiede keine Rolle spielten.

Erst als *Erwin Altenburger* 1947 die Nachfolge Weinbergers in ÖGB und ÖAAB (Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund) antrat, wurden gewerkschaftspolitische Aspekte im ÖGB entscheidend.

Die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) nahm immer mehr Einfluss auf den ÖGB, und die erstarkte Wirtschaft stellte sich mehr als bisher gegen Forderungen der Arbeitnehmer:innen, was laufend zu Konflikten zwischen ÖAAB und Wirtschaftsbund in der ÖVP führte.

Andererseits traten die Kommunisten immer öfter als die „wahren Arbeitnehmervertreter“ in die Öffentlichkeit und bestimmten auch die veröffentlichte ÖGB-Meinung. In diesem Dilemma kämpften die „ÖVP-Gewerkschafter“ oft an drei bis vier Fronten, ohne wirklich punkten zu können. In dieser Situation trat der Bundesvorstand des ÖAAB zusammen um zu beraten, wie es weiter gehen soll. In einer erweiterten Bundesvorstandsklausur auf Schloss Wartholz (1950), dem damaligen Schulungsheim der ÖVP (Österreichische Volkspartei), kam zum ersten Mal die Idee der Gründung einer eigenen „Fraktion Christlicher Gewerkschafter“ zur Sprache.



Ingrid Pörtl

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber und Verlag:

Verband Christlicher Arbeitnehmer in Verkehr, Touristik und Persönlicher Dienst  
Hersteller: FCG vida / Alle: 1020 Wien, Redaktion: Friedrich Pörtl ZVR 605463055

**Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß Mediengesetz § 25(2)**

**FCG/vida-Bundesvorstand:** Norbert Bauer, Wiltrud Deutschmann,

Karl-Heinz Eigentler, Thomas Faulhuber, Manfred Frcena, Andreas Gollner,

Christian Gruber, Sonja Hör, Linda Lindinger, Robert Lindner-Zetfl, Amela Masic,

Karl Merstik, Johann Perkhofer, Friedrich Pörtl, Walter Semlitsch, Manfred Strasser,

Edith Stimpfl, Thomas Svejda, Brigitte Wimmer. Blattlinie nach § 25 (4): Vertretung der Interessen

der österreichischen Arbeitnehmer:innen entsprechend den Grundsätzen und Zielen des FCG-Grundsatzprogrammes